

Vorurteile und Fakten zur wirtschaftlichen Situation von älteren Menschen

**Im Auftrag des Schweizerischen Seniorenrates erstellt von
Prof. Dr. Walter Rehberg**

Einleitung

Die öffentliche Diskussion über das Verhältnis zwischen den Generationen ist häufig geprägt von unsachlichen Behauptungen. Galten bis vor nicht allzu langer Zeit noch alle älteren Menschen als arm und damit hilfebedürftig, so hat sich in den letzten Jahren die Argumentation ins Gegenteil verkehrt: Angeblich sind nun alle älteren Menschen materiell gut situiert, während insbesondere bestimmte Gruppen den jüngeren Bevölkerung mit Armut zu kämpfen hätten. Beide Vorstellungen sind klassische Stereotype und daher weder völlig falsch noch völlig richtig; die Realität ist wie immer komplizierter, als es die zugespitzte und teilweise ideologisch motivierte politische Diskussion vermuten lässt.

Im der vorliegenden Untersuchung wird auf der Basis der internationalen wissenschaftlichen Literatur sowie einiger spezieller Datenauswertungen ein differenziertes Bild der wirtschaftlichen Situation älterer Menschen gezeichnet. Dabei zeigt sich, dass sich die ökonomische Basis für ältere Menschen in den letzten Jahrzehnten insbesondere durch den Ausbau staatlicher Transferleistungen verbessert hat, dass aber längst nicht alle von dieser Verbesserung profitieren. Die ältere Generation trägt durch Steuerleistungen, private finanzielle Transfers an ihre Kinder, unbezahlte Leistungen zum Beispiel durch die Betreuung von Enkelkindern und nicht zuletzt durch Erbschaften und Schenkungen in erheblichem Ausmass zur Verbesserung der materiellen Lage der jüngeren Generation bei. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass sich die materielle Lage der jüngeren Generation nur durch Kürzungen bei den Älteren verbessern liesse: Wie internationale Vergleiche zeigen, schliessen hohe sozialstaatliche Transfers an Jüngere eine gute materielle Absicherung der Älteren nicht aus.

In Auftrag gegeben wurde die vorliegende Untersuchung vom Schweizerischen Seniorenrat SSR. Den Anlass bildete eine von Philippe Wanner und Alexis Gabadinho im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung durchgeführte Analyse der der wirtschaftlichen Situation von Berufstätigen und von Personen im Ruhestand (Wanner/Gabadinho, 2008). Wanner und Gabadinho kamen in ihrer Analyse zum Schluss, dass der Anteil Armutsbetroffener unter Berufstätigen und unter Personen im Ruhestand mit 14% bzw. 15% annähernd gleich gross ist; hierbei legten sie die auch international übliche Grenze von 60% des Haushaltsäquivalenzeinkommens zugrunde. In seiner Presseaussendung zur Untersuchung von Wanner und Gabadinho vom 10. April 2008 stellte das Bundesamt für Sozialversicherung hingegen fest, dass mit 6% nur sehr wenige der älteren Personen von Armut betroffen seien - ohne dabei allerdings darauf hinzuweisen, dass dieser Wert durch eine niedrigere Grenze (50%) des Haushaltsäquivalenzeinkommens zustande kam und dass eine andere Armutsgrenze auch andere Ergebnisse liefert. Durch diese aus dem Zusammenhang gerissene Darstellung von Zahlen lieferte das Bundesamt für Sozialversicherung leider auch selbst ein Beispiel für einen einseitigen und wenig sachlichen Diskussionsbeitrag.

Die Darstellung in der vorliegenden Untersuchung orientiert sich an zugespitzt formulierten Vorurteilen über die wirtschaftliche Situation älterer Menschen. Diese werden zunächst jeweils vorgestellt und anschliessend durch die verfügbaren Daten und Fakten kommentiert und widerlegt.

Vorurteil 1: Alle Alten sind reich.

Faktum 1.1: Der Anteil armer Personen ist bei den Jüngeren und bei den Älteren ungefähr gleich gross.

Der Ausbau der Rentensysteme mit dem Ziel, Altersarmut zu beseitigen hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einer deutlichen Besserstellung der älteren Generation geführt; trotzdem besteht das Problem der Altersarmut weiterhin. Untersuchungen der Einkommenssituation von älteren und jüngeren Menschen zeigten, dass die Armutsquoten dieser beiden Bevölkerungsgruppen in vergleichbaren Grössenordnungen liegen. Dies gilt nicht nur für die Schweiz, sondern auch für andere europäische Länder (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

	Armutsquote bei Personen ab 65 Jahren	Armutsquote in der Gesamtbevölkerung
Schweiz	14.3%	15.2%
Deutschland	12.0%	10.4%
Frankreich	18.9%	13.9%
Italien	18.0%	18.5%
Schweden	7.5%	9.8%

Als Armutsquote gilt 60% des Medians des Haushaltsäquivalenzeinkommens. Quelle: Blome et al. (2008) auf der Basis des European Community Haushaltspanels für Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden; Warner/Gabadinho (2008) für die Schweiz.

Blome et al. (2008, S. 150) fassen die Ergebnisse ihrer Untersuchung der materiellen Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden folgendermassen zusammen: „Ältere Menschen sind häufiger als die Gesamtbevölkerung im unteren und mittleren Einkommensbereich zu finden. Im untersten Einkommensdezil sind sie dagegen, ausser in Frankreich, seltener vertreten. Rentenleistungen und andere Sozialtransfers haben in allen Ländern ein besonderes Gewicht im unteren und mittleren Einkommensbereich, wo sonstige Einkünfte in der Regel nicht mehr als zehn Prozent des Haushaltseinkommens älterer Menschen ausmachen. Ältere Menschen sind seltener in höheren Einkommenspositionen zu finden als die Gesamtbevölkerung, und in den höheren Einkommenslagen sinkt der Anteil der Renten am Haushaltseinkommen beträchtlich, macht aber auch dort noch weit mehr als die Hälfte der Einkünfte aus.“

Faktum 1.2: Ein erheblicher Teil der älteren Bevölkerung verfügt über geringe oder unzureichende finanzielle Mittel. Ältere Frauen und hochaltrige Personen sind besonders von Armut betroffen.

Gemäss der Untersuchung von Wanner und Gabadinho (2008) haben 5% der Pensionierten in der Schweiz kein Vermögen und 8% keine liquiden Mittel. Bei 12% der AltersrentnerInnen in der AHV reichte im Jahr 2007 das Einkommen nicht zum Leben aus, sodass sie Ergänzungsleistungen beziehen mussten. Das waren immerhin rund 156'000 Personen. Während bei den 60-64jährigen 8.2% Ergänzungsleistungen bezogen, waren es bei den 65-79jährigen 9.4% und 19.2% bei den ab 80jährigen. Die EL-Quote bei den Frauen liegt in allen Altersgruppen höher als bei den Männern.

Faktum 1.3: Es besteht die Gefahr, dass Altersarmut in Zukunft wieder zunehmen wird.

Blome et al. (2008) weisen darauf hin, dass es auf absehbare Zeit eine zunehmende Armutsgefährdung im hohen Alter gibt, wenn das individuelle Rentenniveau im Vergleich zur allgemeinen Einkommensentwicklung abgesenkt wird. Die grössten Risiken für die Alterssicherung ergeben sich aus unsteten Erwerbsverläufen und niedrigen Arbeitseinkommen. „Es ist gut möglich, dass der Anteil Fünfzigjähriger mit geringen finanziellen Mitteln durch die jüngeren Generationen, die andere sozioökonomische Rahmenbedingungen erlebt haben, in Zukunft ansteigt (Wanner/Gabadinho, 2008, S. 15).“ Im zweiten deutschen Alters-Survey zeigten sich steigende Quoten von Personen, die von relativer Einkommensarmut betroffen waren; man kann daher nicht von einer Fortschreibung der immer weitergehenden Verbesserung der sozioökonomischen Lage älterer Menschen ausgehen (Motel-Klingebiel, 2006). In der Schweiz hat zwischen 2000 und 2007 der Anteil der AltersrentnerInnen der AHV, die auf eine Ergänzungsleistung angewiesen waren, moderat aber kontinuierlich um etwa 8% zugenommen; diese Zunahme fiel bei den Frauen deutlicher aus, als bei den Männern.

Faktum 1.4: Bei den Jüngeren ist Armut oft vorübergehend; wer hingegen im Alter arm ist, bleibt es meist.

Im höheren Alter ist die Einkommensdynamik geringer, Ein- und Austrittswahrscheinlichkeit in und aus der Armut sind im Alter deutlich niedriger: Wer im Alter arm ist, bleibt arm (Motel-Klingebiel, 2004).

Vorurteil 2: Alle Alten sind arm.

Faktum 2.1: Die wirtschaftliche Position der älteren Generation hat sich durch die Einführung von staatlichen Rentenversicherungssystemen im 20. Jahrhundert erheblich verbessert und der Gesamtbevölkerung angeglichen.

17.4% der Erwerbstätigen verfügen über umfangreiche finanzielle Mittel, im Vergleich zu 16% der Personen im Ruhestand. Im Jahr 1976 verfügten Pensionierte in der Schweiz über 57% des Medianeinkommens der Erwerbstätigen; im Jahr 2003 lag dieser Wert bei 67%. Im Jahr 1976 verfügten Pensionierte über 297% des Medianvermögens von Erwerbstätigen; im Jahr 2003 betrug dieser Wert 299%. Die Verbesserung der Einkommenssituation von älteren Menschen in der Schweiz ist vor allem auf die Einführung der beruflichen Vorsorge zurückzuführen (Wanner/Gabadiño, 2008). Dieses Wachstum wird sich in Zukunft vermutlich abflachen (BSV, 2003). In Norwegen war im Jahr 1997 die Altersgruppe der 45-55jährigen diejenige mit dem höchsten Erwerbseinkommen, und die Altersgruppe der 55-66jährigen die Altersgruppe mit dem grössten Vermögen (Gulbrandsen/Langsether, 2000). Das verfügbare Einkommen von Älteren nahm in den letzten Jahren in allen OECD-Staaten zu, wobei diese Zunahme vor allem deswegen spektakulär aussieht, weil das Ausgangsniveau niedrig war (Esping-Andersen/Sarasa, 2002).

Faktum 2.2: Die sozioökonomische Ungleichheit ist bei den Älteren ausgeprägter als bei den Jüngeren.

Im Vergleich zu den Ungleichheiten innerhalb der Generationen verblassen die Ungleichheiten zwischen den Generationen (Myles, 2002). Ökonomische Ungleichheit gemessen als Gini-Koeffizient ist bei den Personen im Ruhestand unabhängig von der Familiensituation höher als bei den Personen im Erwerbsalter (Wanner/Gabadiño, 2008). Die Ungleichheit während des Berufslebens setzt sich somit im Ruhestand fort und verstärkt sich noch.

Vorurteil 3: Die Jungen finanzieren die Alten.

Faktum 3.1: Die ältere Generation trägt nicht unerheblich zur Finanzierung sozialstaatlicher Transfers bei.

Im Jahr 2007 finanzierte der Bund 27.7% der Ausgaben der AHV über ein Mehrwertsteuerprozent, durch Teile der Alkoholsteuer, der Tabaksteuer und der Spielbankenabgabe sowie durch allgemeine Bundesmittel (Bundesamt für Sozialversicherung, 2008). Wenn man davon ausgeht, dass die älteren Bevölkerungsgruppen gemäss ihrem Anteil an der erwachsenen Gesamtbevölkerung zur Steuerfinanzierung der AHV beitragen, finanzierten diese insgesamt etwa 6% der Gesamtausgaben der AHV. Im Jahr 2006 stammten rund 58% der Einnahmen der IV aus der öffentlichen Hand. Ergänzungsleistungen zur IV und AHV sind ebenso gänzlich steuerfinanziert, wie die Ausgaben für die Sozialhilfe. Schliesslich stammen auch 7% der Ausgaben der ALV aus der öffentlichen Hand. Auch in diesen Sozialwerken trug die ältere Generation also über ihre Steuerleistungen zur Finanzierung bei.

Faktum 3.2: Der Anteil sozialstaatlicher Transfers an die ältere Generation ist in der Schweiz eher moderat.

Das Verhältnis zwischen dem Teil der Sozialausgaben, die an die Älteren gehen zu dem Teil, der an die Jüngeren geht, liegt in Kontinentaleuropa im Durchschnitt bei 1.7 (zwischen 3.5 in Italien und 1.2 in Belgien), in den angelsächsischen Ländern bei 1.2 (zwischen 0.7 in Australien und 2.5 in den USA) und in den skandinavischen Ländern bei 0.8 (Esping-Andersen/Sarasa, 2002). In der Schweiz lag der entsprechende Wert im Jahr 2006 bei Einbezug der beruflichen Vorsorge bei 1.6 und ohne die zweite Säule bei 1.1 (vgl. Tabelle 2)¹.

¹ Die Zuordnung in sozialstaatliche Transfers an Jüngere und Ältere in Tabelle 2 wurde zum Zweck eines Vergleichs mit den Zahlen von Esping-Andersen/Sarasa (2002) vorgenommen; dementsprechend wurde auch die Zuordnungslogik dieser Autoren übernommen. Es ist klar, dass eine Generationenbilanz, die das Verhältnis von Steuer- und Beitragsfinanzierung der einzelnen Transfers detailliert berücksichtigt, auch in einer etwas anderen Verteilung zwischen den Generationen resultieren kann.

Tabelle 2

	Sozialstaatliche Transfers an die jüngere Generation im Jahr 2006 (Millionen Franken)	Sozialstaatliche Transfers an Pensionierte im Jahr 2006 (Millionen Franken)
Waisen-/Kinderrenten der BV	307	--
Invalidenrenten der BV	2'248	--
Wohneigentumsförderung der beruflichen Vorsorge	2'254	--
Waisenrenten der AHV	294	--
Geldleistungen und individuelle Massnahmen der IV	8'856	--
Ergänzungsleistungen zu IV	1'349	--
Heilungskosten, Taggelder, Renten, Kapitaleistungen und Teuerungszulagen der UV	4'725	--
Sozialleistungen der EO	1'316	--
Sozialleistungen der ALV	4'426	--
Familienzulagen	4'816	--
Sozialhilfe & Arbeitslosenhilfe	2'510	--
Altersrenten der AHV	--	28'436
Altersrenten und Kapitaleis- tungen der BV	--	20'790
Hilflosenentschädigungen und individuelle Massnahmen AHV	--	527
Ergänzungsleistungen zur AHV		1'695
Weitere Fürsorgeleistungen an Ältere		216
Summe	33'110	51'664

Quelle: Bundesamt für Sozialversicherung 2008a; Bundesamt für Sozialversicherung 2008b. Folgende Positionen wurden nicht in die Berechnung einbezogen, weil sie sich nicht eindeutig einer Altersgruppe zuordnen lassen: Alle Ausgaben nach dem KVG; Witwen-/Witwerrenten des BVG und des AHVG; Verwaltungsaufwendungen der verschiedenen Sozialwerke; Barauszahlungen gemäss Artikel 5 Freizügigkeitsgesetz; Beiträge an Institutionen und Organisationen der AHV/IV.

Faktum 3.3: Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen ist nur zu einem relativ geringen Teil auf die demografische Alterung der Bevölkerung zurückzuführen.

Für den Kostenanstieg im Gesundheitswesen ist die demografische Alterung der Bevölkerung nur zu einem relativ geringen Teil verantwortlich, weil ein grosser Teil der Gesundheitskosten, die eine Person im Laufe ihres Lebens verursacht, kurz vor ihrem Tod anfällt. Dies gilt für jüngere Personen noch stärker als für ältere (Zweifel/Felder, 1996). Im Umkehrschluss kann man daraus folgern, dass die Gesundheitskosten noch höher wären, wenn mehr Personen in jüngeren Jahren versterben würden, wenn also die Lebenserwartung der Bevölkerung nicht kontinuierlich zugenommen hätte. Auch Steinmann und Telser (2005) kommen zum Schluss, dass nur gut ein Fünftel des bis zum Jahr 2030 absehbaren Anstiegs der Gesundheitskosten auf das Konto der demografischen Alterung gehen wird. Wenn man nur einen Zeitpunkt zur Analyse heranzieht, ist klar, dass Personen im Rentenalter weniger in das System der Krankenversicherung einzahlen, als sie herausbekommen. Die jetzt jüngeren Personen werden allerdings später ebenfalls stärker von diesem System profitieren als die dann jungen Personengruppen.

Faktum 3.4: Die Älteren leisten erhebliche private finanzielle Transfers an die Jüngeren.

Private monetäre Transfers zwischen den Generationen folgen einem Kaskadenmodell, d.h. sie fliessen in der Generationenfolge von den Älteren zu den Jüngeren. Private Transfers fliessen in der umgekehrten Richtung wie öffentliche Leistungen: Etwa ein Drittel der im deutschen Alters-Survey 1996 befragten Personen hatte im zurück liegenden Jahr finanzielle Transfers an die erwachsenen Kinder geleistet. Der zweite Alters-Survey ergab ähnliche Zahlen (Motel-Klingebiel, 2006). Vergleichbare Werte zeigten sich in Studien in den USA und Frankreich (Attias-Donfut/Wolff, 200a). Rund 35% der Personen mit Enkeln unterstützt die eigenen Kinder bei der Betreuung von deren Kindern. Finanzielle Transfers werden insbesondere von Personen mit einem höheren sozioökonomischen Status geleistet. Private Transfers werden vor allem in finanziell schwierigen Zeiten wie während einer Ausbildung oder während einer Phase von Arbeitslosigkeit geleistet, wodurch öffentliche Kassen entlastet werden. Kohli (1999) schätzte das Ausmass der privaten finanziellen Transfers der Älteren an die Jüngeren in Deutschland im Jahr 1995 auf etwa 9% der öffentlichen Rentenzahlungen.

Die Ergebnisse des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe bestätigen die Existenz eines konsistenten Transfermusters (Albertini et al., 2007). In der Schweiz haben im Jahr 2004 21% der Personen ab 50 Jahren ihre Kinder finanziell unterstützt; der durchschnittliche Betrag lag bei 9'788 Euro und damit sehr deutlich über dem Durchschnittsbetrag für alle 10 in die Untersuchung einbezogenen Länder in der Höhe von 2'914 Euro. Netto

nach Abzug der von den Kindern geleisteten Unterstützung verbleiben 8'981 Euro an privaten finanziellen Transfers der Älteren an die Jüngeren.

Vorurteil 4: Die Alten sind alle auf Hilfe angewiesen und leisten nichts mehr für die Jungen.

Faktum 4.1: Ältere kümmern sich in erheblichem Masse um die Kinder ihrer eigenen Kinder.

Rund die Hälfte der Familien, die familienergänzende Kinderbetreuung brauchen, greifen auf Verwandte – meist Grosseltern, die nicht im gleichen Haushalt leben – zurück (Stutz/Strub, 2006). Im Jahr 2005 wurden in der Schweiz in etwa 112'000 Haushalten rund 190'000 Kinder unter 15 Jahren von Grosseltern – meist die Grossmütter der mütterlichen Linie – betreut. Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE betreuten 11% der ab 50jährigen Kinder von Verwandten, die nicht in ihrem Haushalt lebten und wandten dafür im Jahr 2004 rund 100 Millionen Stunden auf. Wenn man diese Tätigkeit nach der Marktkostenmethode und dem Spezialistenlohnansatz bewertet (vgl. Bundesamt für Statistik, 2004) und etwa 35 Franken für eine geleistete Arbeitsstunde ansetzt, ergibt sich ein Gesamtwert von 3'500 Millionen Franken. Die Bedeutung der Grosseltern hat trotz des Ausbaus institutioneller Betreuungsangebote nicht abgenommen. Die Enkelbetreuung ist vielfach eine Voraussetzung dafür, dass Mütter berufstätig sein können (Kohli, 2005).

Faktum 4.2: Bei Pflegebedürftigkeit übernimmt – sofern körperlich noch dazu in der Lage – in der Regel der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin die Pflegeaufgaben.

Bis zu 60% der pflegebedürftigen älteren Menschen werden in der Schweiz zu Hause gepflegt; in mehr als einem Drittel der Fälle ist die Partnerin oder der Partner die hauptsächliche Hilfs- und Pflegeperson (Höpflinger / Hugentobler, 2005). Im Jahr 2004 pflegten knapp 46'800 Personen über 50 Jahre einen Ehe- oder Lebenspartner und verwendeten dafür 8 Stunden pro Woche; pro Jahr macht das 19'468'800 Arbeitsstunden (Stutz/Strub, 2006). Bei

einem Bruttostundenlohn von 39 Franken ergibt sich ein Gesamtwert von etwa 760 Millionen Franken pro Jahr.

Faktum 4.3: Ältere Personen leisten in erheblichem Umfang ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Kirchen, Interessensvertretungen, in der Politik sowie in sozial-karitativen Organisationen.

Im Jahr 1997 engagierten sich 17% der Personen im Rentenalter ehrenamtlich in Vereinen, in Interessensvertretungen, in der Politik sowie in sozial-karitativen oder kirchlichen Organisationen und wendeten dafür im Durchschnitt 16 Stunden monatlich auf. (Bundesamt für Statistik, 1999). Dies entspricht einem jährlichen Tätigkeitsvolumen von rund 39 Millionen Arbeitsstunden und – bei einem Bruttostundenlohn von 35 Franken – einem Gesamtwert von 1'365 Millionen Franken.

Insgesamt geben die Angehörigen der älteren Generation mehr durch informelle Transfers in Form von Geld und Arbeit als sie von der jüngeren Generation erhalten (Hoff, 2006). Auch die Ergebnisse des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe bestätigen dies für die Schweiz (Albertini et al., 2007): Die Älteren leisten etwa drei bis vier mal so viel informelle Unterstützungsarbeit für die Jüngeren, wie die Jüngeren für die Älteren. Noch deutlicher ist der Unterschied bei den familiären finanziellen Transfers: Hier kann man davon ausgehen, dass das Volumen in Richtung Jüngere etwa zehn Mal so gross ist wie umgekehrt.

Künemund (2005) schätzt, dass – gestützt auf die Ergebnisse des Alters-Survey – die Bevölkerung zwischen 60 und 85 Jahren in Deutschland im Jahr 1995 3.5 Milliarden Arbeitsstunden unentgeltlich für die Bereiche Ehrenamt, Betreuung von (Enkel-)Kindern und Pflege geleistet hat. Bei einem Netto-Stundenlohn von 23 DM ergab dies einen Wert von 80 Milliarden DM, was etwa 21% der jährlichen Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprach.

Vorurteil 5: Die Alten machen sich auf Kosten der Jungen ein schönes Leben und verbrauchen ihr Vermögen.

Faktum 5.1: Auch ältere Personen sparen weiterhin und vermehren damit ihr Vermögen.

Ab dem 50. Lebensjahr gehen die Ausgaben von Privathaushalten zurück (Fachinger, 2006). Frauen ab 65 Jahren in Einpersonenhaushalten verbrauchen weniger als Männer in derselben Altersgruppe. Die Sparquoten der über 65jährigen liegen je nach Haushaltsform und Altersgruppe zwischen 5% und 18%. In zahlreichen Untersuchungen zeigte sich, dass ältere Menschen ihr Vermögen nicht aufbrauchen; nur ihre Sparrate geht etwas zurück (Gulbrandsen/Langsether, 2000).

Faktum 5.2: Durch Erbschaften und Schenkungen werden jedes Jahr erhebliche Vermögenswerte von der älteren zur jüngeren Generation weitergegeben.

Die Schweizer Haushalte erben mehr, als sie selber an Vermögen aufbauen. In der ganzen Schweiz waren das im Jahr 2000 28.5 Milliarden Franken. Die Bruttoersparnis der privaten Haushalte betrug demgegenüber 22 Milliarden Franken (Stutz et al., 2007). Mindestens ein Viertel des Erbschaftsvolumens wird nochmals über Schenkungen transferiert. Erbschaften sind sehr ungleich verteilt: ein Drittel der Schweizer Bevölkerung erbt nichts, die Hälfte der Erbschaften umfasst 2% der Erbsumme, die nächsten 40% ein Viertel und das oberste Dezil drei Viertel. Zementiert wird soziale Ungleichheit durch Erbschaften vor allem im untersten und im obersten Vermögensdezil; dazwischen sind Bildungsniveau und Einkommensunterschiede wichtiger. Das Medianalter erbender Töchter liegt bei 46 Jahren, dasjenige der Söhne bei 50 Jahren. Erbschaften gleichen also eher einer äusserst ungleich verteilten Komponente der Altersvorsorge. Nur drei Prozent der gesamten Erbsumme geht an die Grosskinder; 90% der Erbsumme bleiben innerhalb der Familie.

Motel-Klingebiel (2006) konstatiert auf Basis des ersten und zweiten Alters-Survey, dass in Deutschland mit einer auch künftig deutlichen wachsenden Verbreitung von Erbschaften zu rechnen ist. Im Jahr 2002 haben in Deutschland 40-85jährige Personen etwa 32.5 Milliarden Euro privat an Dritte – vor allem ihre Kinder – transferiert; das entspricht im Durchschnitt 2'638 Euro pro Person und Jahr.

Erbschaften reproduzieren nicht nur bestehende soziale Ungleichheit, sondern tragen eher zu ihrer Polarisierung bei. Lücken in der künftigen Alterssicherung können auch nicht durch Erbschaften geschlossen werden: „Wer aufgrund niedriger Renteneinkommen Altersarmut fürchten muss, kann in aller Regel nicht mit einem Ausgleich durch eine grössere Schenkung oder Erbschaft rechnen. Es ist vielmehr das Gegenteil der Fall. Private Vermögenszuwächse sind vorrangig auf Bevölkerungsgruppen mit ohnehin guter Alterssicherung durch eigene Anwartschaften beschränkt.“ (Schupp/Szydlik, 2004)

Vorurteil 6: Die Situation der Jungen kann nur durch Rentenkürzungen verbessert werden.

Faktum 6.1: Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Höhe sozialstaatlicher Transfers an die Jüngeren und an die Älteren.

Die skandinavischen Länder sind ein Beispiel dafür, dass nicht nur die Armutsquoten bei Älteren, sondern gleichzeitig auch die Armutsquote bei jüngeren Personen im Vergleich zu anderen OECD-Staaten niedrig ist: die Armutsrate unter den Älteren ist dort sehr niedrig, und das verfügbare Einkommen liegt etwa bei 80 Prozent des Medians. Die Jugendorientierung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten drückt sich aus in allgemeinen und grosszügigen Kindergeldern, hohen Investitionen in Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die dafür sorgt, dass praktisch alle Mütter arbeiten und dass teure Frührenten relativ selten sind. Familien mit Kindern sind mit zunehmend schwierigen ökonomischen Bedingungen konfrontiert, während es Pensionisten im Durchschnitt relativ gut geht. Es gibt allerdings praktisch keine Evidenz dafür, dass diese beiden Fakten zusammenhängen, dass es also Familien mit Kindern schlecht geht, *weil* der Sozialstaat zu viel für die Älteren ausgibt. Der steigende Anteil an Sozialausgaben für die Älteren könnte auch auf eine problematische Frühverrentungspolitik zurückzuführen sein. Schliesslich besteht in den OECD-Staaten auch ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen den Armutsraten für die Jüngeren und den Armutsraten für die Älteren (Esping-Andersen/Sarasa, 2002).

Faktum 6.2: Rentenkürzungen bei den Älteren würden auch die Jüngeren negativ betreffen und die Generationenbeziehungen belasten.

Staatliche Transfers in Form von Rentenzahlungen entlasten Familienbeziehungen und tragen damit zur Stabilität von Generationenbeziehungen bei. Auch für die Jüngeren könnten sich Rentenkürzungen finanziell negativ auswirken, weil Möglichkeit und Bereitschaft der älteren Generation zu finanzieller Unterstützung der Jüngeren abnehmen könnten. Finanzielle Transfers der Älteren an die Jüngeren erhöhen vermutlich die Bereitschaft der Jüngeren zu instrumentellen Hilfeleistungen, was umgekehrt öffentliche Kassen etwa bei der Pflegefinanzierung entlastet (Szydlik, 2000; Brandt et al., 2008; Attias-Donfut et al., 2005). „Familienbeziehungen werden in vielfältiger Weise entlastet und gestärkt, aber auch soziales und gesellschaftliches Engagement insgesamt gefördert und ermöglicht, wenn die Älteren durch die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung massvoll begünstigt werden (Künemund/Vogel, 2006, S. 285).“

Auch Kohli und Künemund (2005) argumentieren, dass ohne eine ausreichende öffentliche Altersrente keine Transfers zwischen den Generationen möglich wären; Familien werden also erst durch den öffentlichen Generationenvertrag zu ihren Leistungen im privaten Generationenverhältnis befähigt. Der Umweg der Transfers über die Älteren statt direkt vom Staat zu den Jüngeren erscheint aus mehreren Gründen sinnvoll: Der Status der Älteren wird verbessert; die Wohlfahrt der Jüngeren wird gesteigert; die Transfers sind wahrscheinlich effizienter als staatliche Leistungen etwa bei Arbeitslosigkeit, weil Familien die Situation ihrer Angehörigen genauer kennen. „Eine schlechtere Absicherung im Alter könnte z.B. die Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung der alten Eltern wieder auf die Tagesordnung setzen. Damit würden (...) die Generationenbeziehungen insgesamt erheblich stärker belastet, als dies von den Protagonisten eines schlankeren Staates angenommen wird (Kohli/Künemund, 2005, S. 339).“

Faktum 6.3: Zur Verbesserung der materiellen Situation Jüngerer sind andere sozialpolitische Massnahmen erforderlich als Rentenkürzungen.

Auf der Basis einer Simulationsstudie mit Daten aus 9 europäischen Ländern folgern Gonnot et al. (1995), dass weder ein Baby-Boom, noch forcierte Einwanderung, noch eine Erhöhung der Beiträge zu einer nachhaltigen Sicherung des Pensionssystems beitragen würden. Sinnvoll wäre hingegen – neben anderen Massnahmen – insbesondere eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Auch Burniaux et al. (2004) vertreten die Auffassung, dass die Förderung der Beschäftigung von Frauen, Jugendlichen und älteren Personen demografisch verursachte Probleme der Pensionssysteme bis zum Jahr 2025 ausgleichen könnten. Erwerbstätigkeit von Frauen könnte durch Individualbesteuerung von Ehepaaren, steuerliche Anreize zur ausserhäuslichen Arbeit beider Ehepartner, finanzielle Unterstützung von Kinderbetreuung und bezahlte Elternzeit gefördert werden. Die letzten beiden Massnahmen erzeugen Anreize für Vollzeitbeschäftigung; Kindergelder reduzieren die Erwerbstätigkeit von Frauen (Jaumotte, 2003). Im Jahr 1995 lag der Anteil von Aufwendungen für ausserfamiliäre Kinderbetreuung in der Schweiz bei 0.3% des BIP und damit deutlich unter dem OECD-Schnitt von 0.7% (Österreich 0.9%, Frankreich 1.3%, Deutschland 0.8%).

Potenzial besteht in der Schweiz in der weiteren Förderung der vollzeitlichen Berufstätigkeit von Frauen. Zwar betrug die Nettoerwerbsquote im Jahr 2008 bei den 15-64jährigen Frauen inzwischen 77% (Bundesamt für Statistik, 2008). Damit lag sie aber immer noch deutlich unter dem entsprechenden Wert für die Männer von 88%. Ausserdem waren 57% der erwerbstätigen Frauen in der Schweiz teilzeitbeschäftigt, im Vergleich zu nur 13% der erwerbstätigen Männer. Die Frauen in der Schweiz sind damit deutlich seltener Vollzeit beschäftigt als Frauen in anderen OECD-Staaten (Burniaux et al., 2004).

Die Alterssicherung könnte ergänzend auch durch eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen (Kistler, 2006), Vermögen oder durch eine Besteuerung von Erbschaften finanziert werden. Eine Erbschaftssteuer würde auch die starke soziale Ungleichverteilung von Erbschaften reduzieren.

Vorurteil 7: Schwere Verteilungskämpfe zwischen Jungen und Alten sind unausweichlich.

Faktum 7.1: Die Solidarität zwischen den Generationen ist unverändert hoch.

Konfliktpotenziale zwischen Generationen sind wesentlich subtiler gelagert, als dies in der einfachen Gegenüberstellung zwischen älteren Leistungsempfängern und jüngeren Beitragszahlern angenommen wird. Wegen der weiterhin bestehenden grossen Solidarität in der Familie sind Konfliktpotentiale zwischen den Generationen eher gering. Die Generationen sind nicht nur über sozialstaatliche Transfermechanismen miteinander verbunden, sondern auch über familiäre Beziehungen, die durch eine Umverteilung der Ressourcen von Älteren zu Jüngeren gekennzeichnet sind: „Die Ungleichheit sozialstaatlicher Leistungen zugunsten der Älteren infolge hoher Rentenzahlungen wird innerhalb der Familie durch die Umverteilung von Leistungen der Eltern an die Kinder abgeschwächt. Hohe Renten verbinden sich mit hohen finanziellen Transferleistungen der Eltern an die Kinder. Defizite im staatlichen Angebot von Betreuungsdiensten werden innerhalb der Familie durch das Betreuungspotenzial der Grosseltern teilweise kompensiert. Das erleichtert Müttern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei mangelnder staatlicher Förderung. Enge Generationenbeziehungen sind somit ein partieller Ersatz für fehlendes staatliches Engagement (Blome et al., 2008, S. 50).“ So waren auch nur 17% der im Rahmen des deutschen Alters-Survey 1996 befragten Personen der Meinung, dass man seinen Angehörigen nicht zu helfen brauche, weil es ja genügend staatliche Hilfen gebe (Szydlik, 2000).

„Die Institutionen des Wohlfahrtsstaates haben die Phase jenseits des Erwerbslebens überwiegend materiell hinreichend gesichert; die säkulare Verbesserung der Lebensbedingungen (...) hat dazu geführt, dass jede folgende Kohorte von Älteren ihren Ruhestand mit besseren Voraussetzungen beginnt als die früheren – auch wenn es Gruppen gibt, die an dieser Verbesserung wenig teilhaben. Die politische Aufgabe besteht heute stärker in der Erhaltung bestehender sozialstaatlicher Institutionen als in einer diffusen Innovation; es muss darum gehen, der oft ziellosen ‚Reformhektik‘ die Leistungen der bestehenden Systeme entgegenzuhalten (Kohli, 2005, S. 27 f.).“

Verzeichnis der verwendeten Literatur

Albertini, M., Kohli, M., Vogel, C.: Intergenerational transfers of time and money in European families: common patterns – different regimes? *Journal of European Social Policy* 17(4)2007, S. 319-334.

Arber, S., Attias-Donfut, C. (eds.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London: Routledge, 2000.

Attias-Donfut, C., Ogg, J., Wolff, F.-C. : Family Support. In : Börsch-Supan, A., Brugiavini, A., Jürges, H., Mackenbach, J., Siegrist, J., Weber, G.: *Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, 2005, S. 171-178.

Attias-Donfut, C., Wolff, F.-C.: The redistributive effects of generational transfers. In: Arber, S., Attias-Donfut, C. (eds.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London: Routledge, 2000a, S. 22-46.

Attias-Donfut, C., Wolff, F.-C.: Complementarity between private and public transfers. In: Arber, S., Attias-Donfut, C. (eds.): *The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies*. London: Routledge, 2000b, S. 47-68.

Blome, A., Keck, W., Alber, J.: *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Bonoli, G., Bertozzi, F., Wichmann, S.: *Anpassung der Rentensysteme in der OECD: Reformmodelle für die Schweiz?* Bern: Bundesamt für Sozialversicherung, 2008.

Börsch-Supan, A., Brugiavini, A., Jürges, H., Mackenbach, J., Siegrist, J., Weber, G.: *Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, 2005.

Brandt, M., Deindl, C., Haberkern, K., Szydlik, M.: Reziprozität zwischen erwachsenen Generationen: Familiäre Transfers im Lebenslauf. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 41(2008), S. 374-381.

Bundesamt für Sozialversicherung: *Analyse der Finanzierungsquellen für die AHV*. Bern, 2003.

Bundesamt für Sozialversicherung: *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2008*. Bern, 2008a.

Bundesamt für Sozialversicherung: *Statistik der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV 2007*. Bern, 2008b.

Bundesamt für Statistik: *Unbezahlt – aber trotzdem Arbeit. Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Nachbarschaftshilfe*. Neuchâtel, 1999.

Bundesamt für Statistik: *Satellitenkonto Haushaltsproduktion. Pilotversuch für die Schweiz*. Neuchâtel, 2004.

Bundesamt für Statistik: Detaillierte Ergebnisse der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung. Neuchâtel, 2008.

Burniaux, J.-M., Duval, R., Jaumotte, F. : Coping With Ageing : A Dynamic Approach To Quantify The Impact Of Alternative Policy Options On Future Labour Supply In OECD Countries. Organisation for Economic Co-operation and Development, 2004.

Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen. Berlin: Lit Verlag, 2006.

Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.): Pflegen, betreuen und bezahlen. Familien in späteren Lebensphasen. Bern, 2006.

Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijk, A., Myles, J. (eds.): Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press, 2002.

Esping-Andersen, G., Sarasa, S.: The generational conflict reconsidered. Journal of European Social Policy 12(1)2002, S. 5-21.

Fachinger, U.: Einkommensverwendung im Alter. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen. Berlin: Lit Verlag, 2006, S. 9-152.

Gonnot, J.-P., Prinz, C., Keilman, N.: Adjustments of Public Pension Schemes in Twelve Industrialized Countries: Possible Answers to Population Ageing. European Journal of Population 11(1995), S. 371-398.

Grosser, C., Brunner, E.J., Nachtigall, C.: Einstellungen über intergenerationelle Transferleistungen in Familien. In: Brunner, E. J.: Intergenerationelle Transferleistungen in Familien. Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2008.

Gulbrandsen, L., Langsether, A.: Wealth distribution between generations: A source of conflict or cohesion? In: Arber, S., Attias-Donfut, C. (eds.): The Myth of Generational Conflict. The family and state in ageing societies. London: Routledge, 2000a, S. 22-46.

Hoff, A.: Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel. In: Tesch-Römer, C., Engstler, H., Wurm, S. (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 231-288.

Holzmann, R., Hinz, R.: Old Age Income Support in the 21st Century. An International Perspective on Pension Systems and Reform. Washington D.C.: The World Bank, 2005.

Höpflinger, F.: Solidarität und ältere Menschen – Herausforderungen und Lösungen. In: Soziale Sicherheit CHSS 2/2007. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV.

Höpflinger, F.: Erbschaften und Schenkungen – finanzielle Transfers zwischen den Generationen. In: Perrig-Chiello, P., Höpflinger, F., Suter, C.: Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, 2008a, S. 235-252.

Höpflinger, F.: Wohlfahrtsstaatliche Umverteilungen und Fragen zu Generationenbilanzen. In: Perrig-Chiello, P., Höpflinger, F., Suter, C.: Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, 2008a, S. 285-298.

Höpflinger, F., Hugentobler, V.: Familiäre, ambulante und stationäre Pflege im Alter. Perspektiven für die Schweiz. Bern: Huber, 2005.

Jaumotte, F.: Female Labour Force Participation: Past Trends And Main Determinants In OECD Countries. Organisation for Economic Co-operation and Development, 2003.

Kistler, E.: Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird. München/Wien: Hanser, 2006.

Kohli, M.: Private and Public Transfers between Generations: Linking the Family and the State. *European Societies* 1(1)1999, S. 81-104

Kohli, M.: Generationengerechtigkeit ist mehr als Rentenfinanzierung. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35(2002), S. 129-138.

Kohli, M.: Der Alters-Survey als Instrument. In: Kohli, M., Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 11-33.

Kohli, M., Künemund, H.: Gegenwart und Zukunft des Generationenkonflikts. In: Kohli, M., Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 337-367.

Kohli, M., Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Künemund, H.: „Produktive“ Tätigkeiten. In: Kohli, M., Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 277-317.

Künemund, H., Vogel, C.: Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding in“ oder „crowding out“? *Zeitschrift für Familienforschung* 18(3)2006, S. 269-289.

Lüscher, K., Liegle, L.: Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 2003.

Lyberaki, A., Timios, P.: Poverty and Social Exclusion: A New Approach to an Old Issue. In: Börsch-Supan, A., Brugiavini, A., Jürges, H., Mackenbach, J., Siegrist, J., Weber, G.: Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, 2005, S. 302-309.

Motel-Klingebiel, A.: Arme oder reiche Alte? Daten zur Einkommenssituation. Informationsdienst Altersfragen 31(4)2004. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Motel, A.: Einkommen und Vermögen. In: Kohli, M., Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 42-102.

Motel-Klingebiel, A.: Materielle Lagen älterer Menschen. In: Tesch-Römer, C., Engstler, H., Wurm, S. (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 155-230.

Myles, J.: A New Social Contract for the Elderly? In: Esping-Andersen, G., Gallie, D., Hemerijk, A., Myles, J. (eds.): Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press, 2002, S. 130-172.

Perrig-Chiello, P., Höpflinger, F., Suter, C.: Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, 2008.

Schweizerischer Seniorenrat SSR: 10 Argumente gegen Altersdiskriminierung in Wort und Schrift, Volkswirtschaftliche, demografische, gesellschaftliche, sozial- und umweltpolitische Aspekte, SSR-News spezial, Bern, 2006.

Schweizerischer Seniorenrat SSR: Wer hat Angst vor den Senioren? SSR-News Nr. 17, Bern, 2008, S. 1.

Schön-Bühlmann, J.: Unbezahlte Pflegeleistungen von Privatpersonen und –haushalten. Soziale Sicherheit CHSS 5/2005, S. 274-280.

Schupp, J., Szydlik, M.: Zukünftige Vermögen – wachsende Ungleichheit. In: Szydlik, M. (Hrsg.): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, S. 243-264.

Silverstein, M.: Intergenerational Family Transfers in Social Context. In: Binstock, R.H., George, L.K. (Eds.): Handbook of Aging and the Social Sciences. Amsterdam et al.: Elsevier, 2006.

Steinmann, L., Telser, H.: Gesundheitskosten in der alternden Gesellschaft. Weshalb nicht die Zunahme älterer Menschen sondern falsche Anreize das Gesundheitssystem unter Druck setzen. Zürich: Avenir Suisse, 2006.

Stutz, H., Bauer, T., Schmutz, S.: Erben in der Schweiz. Eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen. Zürich/Chur: Rüegger, 2007.

Stutz, H., Strub, S.: Leistungen der Familien in späteren Lebensphasen. In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.): Pflegen, betreuen und bezahlen. Familien in späteren Lebensphasen. Bern, 2006, S. 73-102.

Suter, C., Höpflinger, F.: Intergenerationelle Vermittlung von Bildung und Status. In: Perrig-Chiello, P., Höpflinger, F., Suter, C.: Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, 2008, S. 135-144.

Szydlik, M.: Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske und Budrich, 2000.

Szydlik, M. (Hrsg.): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Tesch-Römer, C., Engstler, H., Wurm, S. (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Viebrok, H.: Künftige Einkommenslage im Alter. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen. Berlin: Lit Verlag, 2006, S. 153-230.

Wanner, P., Gabadinho, A.: Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand. Bern: Bundesamt für Sozialversicherung, 2008.

Zaidi, A.: Well-being of Older People in Ageing Societies. Vienna: European Centre, 2008.

Zweifel, P., Felder, S. (Hrsg.): Eine ökonomische Analyse des Alterungsprozesses: Bern: Haupt, 1996.